



Fotomontage/Fotos: Markus Wenzel

„KTM ist mein Lebenswerk und dafür kämpfe ich“, sagt Stefan Pierer.

Motorradhersteller KTM schlittert in die Insolvenz

Am Freitag soll Antrag auf Sanierungsverfahren bei drei Gesellschaften gestellt werden. 3650 Mitarbeiter betroffen.

Erst am Montagnachmittag hatte die Pierer Industrie AG, zu der wiederum die Pierer Mobility AG samt KTM und Pankl gehören, erklärt, dass sie ein europäisches Restrukturierungsverfahren nach der Restrukturierungsordnung einleiten wird, um die Insolvenz abzuwenden und die Fälligkeit von Anleihen und Schuldscheindarlehen zu verlängern. Nicht einmal 24 Stunden später kam die nächste

Hiobsbotschaft aus Mattighofen – diesmal mit viel weitreichenderen Konsequenzen. Die KTM AG und die KTM Components GmbH und KTM F&E GmbH stellen am Freitag einen Insolvenzantrag, weil eine notwendige Zwischenfinanzierung nicht zeitgerecht sichergestellt werden kann. 3650 Mitarbeiter sind in den vom Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung betroffenen Gesellschaften tätig.

„Wir bauen unsere Motorräder verlässlich und robust für jedes Rennen, für jeden Untergrund. Jetzt geht es darum, die Firma robust zu machen. Robust für die Zukunft“, sagt Gottfried Neumeister, der seit kurzem mit Eigentümer Stefan Pierer die Pierer Mobility AG führt. Pierer spricht von einem „Boxenstopp für die Zukunft“: „Die Marke KTM ist mein Lebenswerk und dafür kämpfe ich.“ BK

In den laufenden Gehaltsverhandlungen mit der Regierung wollte die Beamten-Gewerkschaft Muskeln zeigen. Rund 30.000 Bedienstete sollten gestern Nachmittag vor dem Kanzleramt demonstrieren, Wiens Innenstadt war teils Doch am dann blies die Gewerkschaft den Aufstand ab.

Übrig blieben Hunderte Lehrer und andere Demo-Teilnehmer, die schon unterwegs waren und auf halber Strecke zurückgepfiffen wurden. Mehr als ein Dutzend Busse waren quasi gestrandet. Die Lehrer fanden dies weniger lustig: „Wir fühlen uns in unserem Vorhaben nicht ernst genommen und wollen unsere Forderungen nicht auf die Gehaltsverhandlungen reduziert sehen.“ Manche hissten vor Ort trotzdem ihre Banner, andere traten unverrichteter Dinge wieder die Heimreise an.

Abschluss bleibt unter der Inflationsrate

Auch der Abschluss selbst ist ungewöhnlich: Statt der von ihnen geforderten Abgeltung der Inflation von 3,8% plus eines Aufschlages stimmten Beamtengewerkschaft und yunion einem Plus von durchschnittlich 3,5% (siehe Grafik) zu. Dieses ist sozial gestaffelt, kleine Bezüge profitieren mehr. Mindestens gibt es ein Lohnplus von 82,40 € brutto monatlich, maximal aber 437,80. Zudem einigte man

Skurriles Beamten-Lohnplus

Großdemo in Wien kurzfristig abgesagt. Einigung auf 3,5% höhere Bezüge – und auch Abschluss für 2026. ÖVP/Grün und SPÖ geben ihren Segen. Nur die Neos zürnen.

sich auch schon für 2026. Dann erhalten die Bediensteten die Inflationsrate und einen fixen Zuschlag von 0,3 Prozentpunkten.

Zufrieden sind Beamten-Minister Werner Kogler und der Finanzminister Gunter Mayr: „Der Gehaltsabschluss wurde vor dem Hintergrund schwieriger Rahmenbedingungen und Abwägungen erreicht.“ Im Klartext: Einerseits müsse der Bund ein attraktiver Arbeitgeber sein. Andererseits gibt das Budget eigentlich gar keine Erhöhung der Lohnkosten her. Experten schätzen, dass ein Prozent mehr Bezüge rund 180 Mio. € im Jahr kostet. Für den nun vereinbarten Abschluss wären das somit etwa 630 Mio. €. Zuletzt hatte ja sogar Rechnungshof-Präsidentin Margit Kraker angesichts des Finanzlochs gar eine Nulllohnrunde für die Beamten gefordert.

Deshalb verteidigte auch yunion-Chef Christian Meidlinger den unter den ursprünglichen Forderungen zurückliegenden Abschluss: „Wegen des Budgetdefizits waren es keine goldenen Voraussetzungen. Wir haben jetzt ein Modell



Enttäuschte verhinderte Demo-Teilnehmer wollten mehr als höhere Gehälter erreichen.

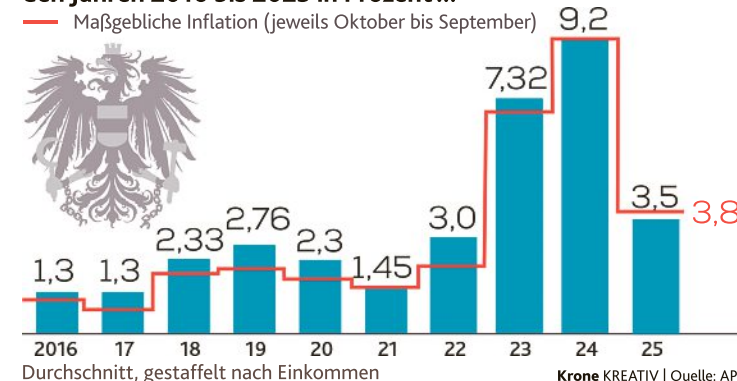
für 24 Monate entwickelt, und da wird die Inflation abgesichert. Das kann sich sehen lassen.“ Die abgesagte Großdemonstration sei notwendig gewesen, „um ein Druckmittel aufzubauen“.

Geholfen hat wohl auch, dass die Verhandlung geheim stattfand. Es gab vorher keinen offiziell bekannt gegebenen Termin dafür. Man traf sich ab Montagabend bis tief in die Nacht und dann nochmals Dienstagfrüh in kleinem Kreis.

Gültig ist das Ergebnis direkt für die rund 230.000 Bundesbediensteten sowie Landeslehrer, die ebenfalls vom Bund bezahlt werden. Die 324.000 sonstigen Beamten in Ländern und Gemeinden schließen sich allerdings traditionell in gleicher Höhe an. Der Abschluss muss im Parlament fixiert werden, damit er pünktlich ab 1. Jänner gilt. ÖVP und Grüne haben zwar als Regierung keine Mehrheit mehr, doch die Zustimmung der SPÖ gilt als sicher. Die Neos hingegen fühlen sich übergangen. Mandatar Sepp Schellhorn zeigte sich „überrascht, irgendwie enttäuscht und ein wenig erbost.“ Christian Ebeert

DIE LETZTEN GEHALTSABSCHLÜSSE

Abschlüsse im öffentlichen Dienst in den Jahren 2016 bis 2025 in Prozent ...



HÖHERE KOSTEN BELASTEN

Intersport zuversichtlich für Winter, Skiverleih legt wieder zweistellig zu

Der Trend zum Skiverleih setzt sich fort. Nach einem Plus von 13% in der vergangenen Saison liegen die Vorausbuchungen bei Marktführer Intersport (rund 170 Rent-Standorte) sogar 40% über dem Vorjahr. Jeder dritte Wintersportler will heuer mehr leihen. Dennoch freut man sich auch beim Skiver-

kauf über hohe einstellige Zuwächse. „Wir schwimmen hier gegen den Strom“, freut sich Chef Franz Koll. Die gestiegenen Kosten (z. B. Personal, Miete) belasten dennoch die Händler, denn zur Gänze weitergeben können man die Mehrbelastungen nicht. Die Verkaufspreise seien nur „moderat“ höher.

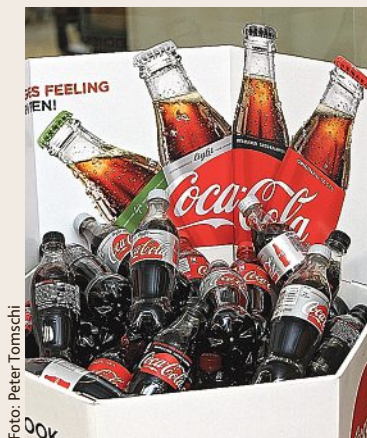


Foto: Peter Tomtschi

RÜCKHOLAKTION

Coca-Cola wird zu Biogas

Am 23. Oktober musste Coca-Cola in Österreich 28 Millionen Flaschen zurückholen – es waren kleine Metallstücke in den Flaschen vermutet worden. Der Getränkekonzern ließ verlauten, dass die Flüssigkeiten zu Biogas verwertet und die Flaschen recycelt würden.

CHATBOT LIEFERT INFOS

Neue Webseite soll mit künstlicher Intelligenz den Förderdschungel lichten

Um den Subventionsdschungel zu lichten, hat der IT-Profi Peter Zipper einen Rechner programmiert, der auf Förderungen „spezialisiert“ ist. Mit künstlicher Intelligenz (KI) wird der Weg zum passenden Zuschuss einfacher. So kann man den Chatbot unter foerdern.converna-tics.com einfach fragen, wel-

che Hilfen es in einem konkreten Fall vom Staat gibt. Daraufhin kommen dann spezifische Fragen dazu. Anschließend wird aufgelistet, was genau zu tun ist. Neben einem Bot zu Digitalisierungsförderungen für Firmen, Solaranlagen und E-Mobilität gibt es auch einen



„allgemeinen Rechner“. Dieser deckt sehr viele verschiedene Förderungen ab. „Und er zeigt, welche es gibt, ohne dafür auf drei verschiedene Portale gehen zu müssen“, so Zipper. Fünf Anfragen sind inkludiert, bei einer Registrierung bekommt man weitere zehn gratis. Danach zahlt man z. B. für ein Paket mit 20 Anfragen fünf Euro.

BUSINESS LINE

► **PV-AUSBAU STOCKT** Statt zuletzt um 2,5 Gigawatt werden heuer nur PV-Anlagen mit 1,8 GW Leistung errichtet, so der Branchenverband. Nötig wären mindestens 2 GW pro Jahr, und die Klimaziele zu schaffen. Er fordert z. B. die dauerhafte Mehrwertsteuer-Befreiung für neue Anlagen sowie einheitliche Genehmigungsverfahren.